

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo allch 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin E. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röhrestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### „Gesund hungern“

Wie die deutsche Wirtschaft gesund werden kann, das wissen die deutschen Unternehmer ganz genau. Bis zum Überdruß wiederholen sie seit vielen Jahren schon — in unzähligen Schriften, Zeitungsausschnitten, Ansprachen und Reichstagsreden — das von ihnen als unfehlbar angepriesene Heilmittel: viel arbeiten und wenig verbrauchen. Billig, billig, billig müssen wir erzeugen; deshalb müssen die Arbeiter für wenig Lohn emsig und lange arbeiten. Denn nur bei geringem Verbrauch kann gepart, kann neues Kapital angesammelt werden.

Freilich, bei etwas Nachdenken muß selbst ein Kind sehen, daß auf diese Weise die Arbeiter und Angestellten es sind, die durch Abknappung ihrer Löhne das neue Kapital „ersparen“, indes es den Kapitalisten und Unternehmern zufließt. Aber solche Nachdenken zu verhindern, haben die Unternehmer ein vorzügliches Mittel: sie stellen sich taub. Sie gehen gar nicht auf diesen oder irgend einen anderen Einwand ein. Sie wiederholen unentwegt ihre Behauptung und tun so, als sei sie niemals widerlegt, nicht einmal bestritten worden! Damit haben sie tatsächlich erreicht, daß sogar viele Arbeiter irre werden. Was man täglich und stündlich von neuem vorgetragen hört, als sei es etwas Selbstverständliches und Wohlbelanntes, das niemand anzweifelt — davon bleibt im Hirn des Hörens schließlich etwas hängen.

Und doch läßt sich nachweisen, daß die Unternehmer das, was sie da sagen, offenbar selbst nicht glauben. Denn wenn sie für wahr halten, daß Einschränkung und Entbehrung das Vaterland retten, warum hungern und darben sie selbst nicht? Wenn es ihnen ernst wäre mit ihrem Vorschlag, das Vaterland „gesund zu hungern“, dann müßten sie sich zur obersten Regel machen, mit gutem Beispiel voranzugehen: keine einzige Unternehmerfamilie dürfte dann mehr verbrauchen, als wovon — nach ihrer Behauptung — auch eine deutsche Arbeiterfamilie leben kann. Vor allem müßte das gelten für die Familien der großen „Patrioten“ von Borsig, von Siemens, Thyssen, Klöckner und wie sie alle heißen. (Von den Stinnes wollen wir nicht reden, denn die werden ja sowieso, nach der bürgerlichen Preisse zu urteilen, bald mit dem Bettelstod durchs Land ziehen.)

**Wie sie das? — Das einmal sehen:**  
Nach der amtlichen Statistik haben im Juni 1925 (das sind die neuesten bisher veröffentlichten Zahlen) die deutschen Arbeiter — einschließlich der Zulage für die Ehefrau und 2 Kinder — als durchschnittlichen Lohn bei voller regelmäßiger Arbeitszeit bekommen:  
die Gelehrten 42,46 Mk. die Woche (Metallarbeiter 41,49),  
die Ungelernten 31,90 „ „ „ „ (Metallarbeiter 28,35).

Wenn man aus diesen beiden Zahlen den Durchschnitt zieht, kommen 37,20 Mk. Wochenlohn heraus, und das ist noch höher als die Wirklichkeit, weil es mehr ungelernete als gelernte Arbeiter gibt. Doch wir wollen nicht unmensächlich sein. Wir wollen uns an die höchste der hier genannten Zahlen halten, 42,50 Mk. die Woche. Davon kann, laut Behauptung der Unternehmer, eine Familie nicht nur leben, sondern gut und auskömmlich leben. Denn diesen Lohn wollen sie ja noch kürzen. Und in der Papierindustrie bekommen die Gelehrten sogar nur 31 Mk., die ungelerneten Textilarbeiter kriegen nur 23 Mk. die Woche. Die Unternehmer müssen also doch wohl der Ansicht sein, daß sich auch davon leben läßt. Also muten wir ihnen sicher nicht zu viel zu, wenn wir verlangen, daß sie selbst sich mit 42,50 Mk. begnügen sollen.

Gut, wie sie da sparen würden! O, wie sie da die Waren billig anbieten und jeden Wettbewerb im Ausland spielend schlagen könnten! Wie da nachhaft neues Kapital zusammenkäme! Sie aber denken gar nicht daran, ihr eigenes Rezept zu befolgen und vom eigenen Munde das neue „Spartapital“ abzudarben. Das Lehren, neben vielen andern, auch die Zahlen des Außenhandels. Deutschland ist bekanntlich ein Industrieausfuhrland. Es ist darauf angewiesen, Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen und hochwertige Fabrikate dorthin zu liefern. Ja, wenn man den Wortführern der „Patrioten“ glauben will, so kann Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage überhaupt nur bestehen, wenn seine Ausfuhr an Wert die Einfuhr übertrifft.

Da muß es von vornherein auffallen, daß doch auch immer eine große Menge recht teurer Fertigfabrikate vom Ausland gekauft werden. Jetzt sogar noch mehr als vor dem Kriege. 1913 betrug die Menge der eingeführten Fertigfabrikate nicht mehr als 830000 Doppelzentner im Monat. 1925 dagegen wurden in den sieben Monaten Januar bis Juli 8500000 Doppelzentner eingeführt, d. h. im Monat durchschnittlich über 1200000 Doppelzentner. Nun sind das ja gewiß nicht lauter überflüssige Luxuswaren. Aber betrachten wir ihre Preise. Ich setze nebeneinander den Durchschnittspreis je Doppelzentner der

1925	gesamter Einfuhrwert	eingeführten Lebensmittel	eingeführten Fertigfabrikate
Januar	29,80	49,—	128,—
Februar	28,—	45,40	222,85
März	25,20	49,10	164,—
April	24,—	41,85	160,—
Mai	25,70	45,85	151,80
Juni	22,30	43,10	110,—
Juli	24,—	44,10	130,—
Durchschn. 7 Mon.	25,55	45,50	153,90

Die Zahlen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen. Mögen auch unter den eingeführten Fertigfabrikaten manche für die deutsche Wirtschaft unentbehrlich oder mindestens nützlich sein — in der Hauptsache haben sie aus fündhaft teuren Waren bestanden, die nur Luxusartikel für die Reichen gewesen sein können.

Woraus sich ergibt: indes das Vaterland leidet, indes die deutsche Wirtschaft schwer krank ist, indes die Besitzenden täglich predigen, wir müssen das Vaterland „gesund hungern“ — denken sie im Traum nicht daran, sich selbst auch nur die geringste Einschränkung aufzuerlegen.

### Der zwölfte deutsche Gewerkschaftskongreß

(Schluß des Verhandlungsberichtes.)

#### Dritter Tag

Der Kongreß tritt in die Aussprache über den Gegenstand: Die Wirtschaft und die Gewerkschaften ein. Als erster spricht Ellinger von der Sozialen Bauhütte. Er schildert die mühevollen, aber auch erfolgreichen Entwicklung der sozialen Bauhütte. Derselbe Förderung müsse aber mehr die Sache aller Gewerkschafter werden. Sie können sich nicht auf die Weltrevolution verlassen, sondern müssen durch Selbsthilfe soziale Einrichtungen oder Produktionsstätten schaffen, die sich natürlich nicht auf das Baugewerbe beschränken dürfen, sondern alle Gewerbe erfassen müssen. Dieser Kongreß muß den festen Willen bekunden, die Bewegung der sozialen Betriebe zu stärken, weil hier ein sehr wichtiges Stück sozialistischer Gewerkschaftsarbeit vollbracht wird. (Beifall.)

Eggerl (vom Bundesverband): In der Schutzpolitik offenbart sich ein klassisches Stück kapitalistischer Selbstsucht. Die Schutzollbewegung ist die Lohnbewegung des Unternehmers auf Kosten der arbeitenden Schichten. Was sich bei uns nationale Wirtschaftspolitik nennt, ist eine schamlose Ausplünderung des deutschen Volkes. Bis zum Jahre 1913 haben Firmen der deutschen Eisenindustrie ihre Erzeugnisse um 10 bis 20 % billiger aus Ausland als im Inlande abgegeben. Das Ausland erhielt beispielsweise die Tonne Stabeisen für 117 M., der deutsche Kunde mußte aber 155 M. zahlen. Die deutschen Schmelzindustriellen gaben T-Sträger ins Ausland für 110 M., im Inlande forderten sie 150 M. Dies wird Schutz der deutschen Arbeit genannt. Wir müssen von dieser Stelle aussprechen, daß sich auch die deutsche Wissenschaft ihrer Verantwortung der Wirtschaft gegenüber besser bemüht sein möge. Die Wissenschaft muß sich mehr bemühen, auch ihrerseits die eigentlichen Ursachen der Wirtschaftskrise festzustellen. Dann wird es noch klarer werden, daß die Krise bestimmt nicht auf die jegliche Arbeitszeit und Lohnhöhe zurückzuführen ist. Im weiteren begründet der Redner die zwei zu diesem Punkte vorliegenden Entschlüsse.

Heinemann (Holzarbeiter): Der Lebenszweck der Gewerkschaften verlangt, daß sich ihre Tätigkeit in enger Verbindung mit den Wirtschaftskrisen vollzieht. Außerdem sollten sich die Gewerkschaften noch weiter, als geschehen, auf politische Gebiete begeben und hier die Politik der Sozialdemokratie, der einzigen Arbeiterpartei, stützen. Der Verlust mancher politischen Stellung ist auf den schlimmen Stand der Wirtschaft und die innere Zerküftung der Arbeiterbewegung zurückzuführen.

Fraus (Metallarbeiter): Wenn man einige der hier gehaltenen Reden vernimmt, könnte man meinen, die deutschen Gewerkschaften hätten sich mit der kapitalistischen Gesellschaft abgefunden und sie hielten den Marxismus für überholt. Eine Wirtschaftsdemokratie ist im kapitalistischen Staate ganz unmöglich, ebenso das Mitbestimmungsrecht in Betrieben. Die Unternehmer denken nicht im geringsten daran, den Arbeitern Rechte zu geben. Wir haben die Pflicht, die Arbeiter durch die Organisierung des Klassenkampfes zu gewinnen, um dem Gegner mehr Rechte abzutrotzen. Der Kongreß sollte die hier geforderte Wirtschaftsdemokratie ablehnen.

Tarnow (Holzarbeiter): Viel von dem in den beiden Vorträgen Dargelegten wird Stoff zum Nachdenken sein. Wie Professor Herberg hier wissenschaftlich nachgewiesen hat, sind es nicht die deutschen Löhne, die unsere Wirtschaftskrisen verurteilen, sondern daß manche Eiterbeule unserer Wirtschaft gerabe

auf die Niedrigkeit der deutschen Löhne zurückzuführen ist. Somit wird bestätigt, daß die Gewerkschaften mit ihrer Lohnpolitik auf dem rechten Weg sind. — Die Arbeiterkraft braucht eine neue Ideologie, ein neues Ideal, aber nicht eins, das erst im Jenseits zu verwirklichen ist, sondern das im Diesseits liegt, das wir erkennen, dem wir uns Tag für Tag nähern. Auf den Weg zu diesem Ziele kommen wir dadurch, daß wir in die Wirtschaft hineinsteigen und sie nach unseren Ideen umzugestalten streben. (Starker Beifall.)

Dihmann (Metallarbeiter): Unsere Erfahrungen zeigen, daß die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum nur solange geht, als es sich um nebensächliche Dinge handelt, sobald aber etwas Menschenswerthes für die arbeitenden Schichten gefordert wird, kommt auf der Unternehmenseite der brutale Ausbeuter zum Vorschein. Diese Tatsache muß unsere Tätigkeit bestimmen. Die deutsche Verfassung ver spricht im § 165 den Arbeitern Wirtschaftsräte in Reich und Bezirk. Wir haben zwar Wirtschaftsräte für das Unternehmertum, aber die Arbeiterkraft wartet immer noch auf Erfüllung der ihr gemachten Versprechen. Sollen wir in Wirtschaftskammern mit den Unternehmern zusammenwirken oder selbständige Arbeiterkammern fordern? Ich bin auf Grund gewichtiger Erfahrungen für selbständige Arbeiterkammern, denen aber natürlich geziemende Rechte und Handlungsfreiheit gesichert werden müssen. Die Äbel der heutigen Wirtschaft sind mit Wirtschaftsdemokratie nicht zu lösen. Der Weltumsturz der Krise verlangt internationale Maßnahmen. Es ist ein Irrtum, zu meinen, die Forderung Arbeitsweise sei in Deutschland unmöglich.

Die Forderung Arbeitsweise haben wir schon in verschiedenen deutschen Fabriken, und sie wird fortgesetzt weiter eingeführt. In ein paar Jahren wird sie in zahlreichen Gewerben allgemein sein. Diese Aussicht heißt der deutschen Gewerkschaftsbewegung neue wichtige Probleme, die gelöst werden müssen durch Wirtschaftsdemokratie. Damit die Lösung gelinge, müssen wir die organisierte Arbeiterkraft organisatorisch und geistig stärken und die Wirtschaftsräte für Bezirk und Reich durchsetzen, so wie es hier in einem Antrag gefordert wird. (Starker Beifall.)

Schulze (Metallarbeiter) bespricht die praktische Erfahrung mit der Arbeiterkammer in Bremen. Hier konnte die Arbeiterkammer viel für die Gewerkschaften und ihre sozialpolitischen Ziele wirken. Die Bremer Regierung muß jede Gesetzesvorlage, die die Arbeiterkraft angeht, der Arbeiterkammer zur Begutachtung vorlegen. Diese Kammer kann von sich aus Gesetzesvorlagen machen und ihre Vertreter ins Parlament senden.

Der Vorsitzende Brandes gibt bekannt, daß als Vertreter des französischen Gewerkschaftsbundes dessen Sekretär, Kamerad Renoir, eingetroffen ist. (Beifall.)

Limberg (Bergarbeiter): Wir müssen den Arbeitern auch sagen, was sie zur Errettung der wirtschaftlichen Demokratie zu tun haben. Vor allen Dingen müssen sie sich frei machen von den kommunistischen Phrasen über die Sozialisierung. Gerade im Kohlenbergbau hat sich das sehr schlimm ausgewirkt. Ebenfalls muß die Arbeiterkraft von den nationalen Phrasen von der unbedingten Notwendigkeit der Privatgewaltigen in der Wirtschaft ablassen. Die deutsche Wirtschaft ist die rückständigste; sie ist es geworden durch die Verhaftetheit

des deutschen Unternehmertums. Viele Beispiele beweisen, daß das Ausland großzügiger ist. Wir kommen in der Gewerkschaft und der Wirtschaft weiter, wenn die Arbeiter Vertrauen zu den Betriebsräten haben und die Betriebsräte geschult und befähigt werden und mit Selbstvertrauen erfüllt sind.

Schmalz (Metallarbeiter): Den Betriebsräten ist mehr Bedeutung beizulegen. Durch die Schuld unserer Freunde von links ist das Vertrauen zu den Betriebsräten erschüttert worden. Die kommunistische Meinung, der Betriebsrat brauche kein guter Gewerkschafter, müßte aber ein guter Kommunist sein, muß bekämpft werden. Die Bezirksarbeiterterre müssen vertrieben werden.

Schmidt (Landarbeiter): Wir müssen wachsam sein, damit die Betriebsräte nicht dem Betriebszweismus verfallen. Schlimme Fälle sind zu verzeichnen. Die Illusionen der Kommunisten haben unter der Landarbeiterschaft verhängnisvoll gewirkt. Wenn die Frage der Wirtschaftsdemokratie in den Vordergrund gestellt wird, so ist zu erwarten, daß die Gewerkschaftsführer auch ihre Pflicht in der politischen Bewegung erfüllen. Wirtschaftsdemokratie ist eine politische Forderung.

Galim (Lebendarbeiter) entwickelt den kommunistischen Standpunkt zu den zur Verhandlung stehenden Fragen. Die Fragen müssen rein wissenschaftlich erörtert werden. Die zu diesem Punkt gehaltenen Agitationsreden sind zu verwerfen. Im Rahmen der heutigen Gesellschaft ist es unmöglich, unser Ziel zu erreichen. Die Wirtschaftsdemokratie wird genau so verjagen wie die politische Demokratie. Wir haben in den Wirtschaftsbünden die besten Erfahrungen gemacht. Die Gewerkschaften dürfen wohl antreiben, die Produktion fördern, halten aber keinen Anteil am Erfolg, hatten keine Rechte. Das müssen wir ablehnen. Erst muß die politische Macht errungen werden. Als Beispiel diene uns Rußland.

Paplow (Bauarbeiter): Hunderte Genossenschaften der Arbeiter, soziale Bauhütten und Produktionsstätten werden mehr wirken als Tausende papierner Resolutionen.

Die Redner haben wohl schöne Reden gehalten, aber keine Schlusfolgerungen gezogen. Wir müssen und können selbstschöpferisch in die Kleinindustrie eindringen. Dann liegt auch die Möglichkeit vor, die Großindustrie zu zwingen. Begünstigen wir das Kapital durch das Kapital der Arbeiter. (Starker Beifall.)

Umbreit (Bundesverband): Die Entschlüsselung der Metallarbeiter läßt uns zurück auf den Stand der Kölner Tagung. Inzwischen ist aber manches anders geworden. Die Arbeiterkammern können heute nicht mehr, die paritätischen Wirtschaftskammern können nur die Fragen, die laut Verfassung gestellt sind, lösen. Diese Mitarbeit der Arbeiter in der Wirtschaft wird uns von den Unternehmern vorenthalten. Die Unternehmer geben heute den Arbeitern freiwillig die Arbeiterkammern, um sie von der gleichberechtigten Mitwirkung in der Wirtschaft abzuhalten.

Diese Nebenwertungen können wir nicht mehr gebrauchen. Die Wirtschaftsdemokratie ist nicht unser letztes Wort, sie ist aber eine Stufe.

Hob. Schmidt: Ich bin nicht der Meinung wie Prof. Herberg, daß wir keine Wirtschaftsführung haben. Wir haben eine Wirtschaftsführung, die sehr stark, aber vollständig einseitig gerichtet ist und von den Kapitalisten betätigt wird. Die Unternehmer bilden in ihren Verbänden eine geschlossene Einheit, trotz Meinungsverschiedenheiten, die ihnen die große Macht sichert. Somit sichern sie sich auch den Einfluß auf den Staat. Die Wirtschaftsdemokratie ist keine Lösung, sie ist nur ein Zeitbehelf. Die heutigen Wirtschaftsräte halten die Mitarbeit der Arbeiterverbände aus. Die Räte müssen neu errichtet werden von unten auf bis zur höchsten Spitze. Ich denke mir als Ende eine Wirtschaftsführung, die sich stützt auf die Masse der arbeitenden Menschen; wenn Sie wollen, nenne ich dies Diktatur des Proletariats. Die größte Umwälzung in Rußland war das Zurückgehen auf den Kapitalismus. Die russische Wirtschaftsführung ist nichts anderes als ein Stück demokratischen Staatskapitalismus. (Starker Beifall.)

Jiska (Metallarbeiter): Wir stellen keine Dogmen auf; der veränderten Zeit muß Rechnung getragen werden. Die Gegenüberstellung Umbreits mit dem Kölner Beschluß trifft aber nicht zu. Die Notwendigkeit der Arbeiterkammern ist unbestreitbar, darum besteht die Forderung der Metallarbeiter vollständig zu Recht. Auch Umbreits Gegenüberstellung der Ortsauschüsse gegen die Arbeiterkammern muß Verurteilung erregen. Der Versuch, dem Ortsauschuß wirtschaftliche Aufgaben zuzuschreiben, muß erfahrungsgemäß als gescheitert betrachtet werden.

Zur Verlesung gelangt ein Begrüßungsschreiben vom Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

In keinem Schlußwort bemerkt Jiska: Klassenkampf als Ziel müssen wir ablehnen; Klassenkampf ist Mittel. Das nächste Ziel muß uns die Wirtschaftsdemokratie sein. Aus der heutigen Wirtschaft heraus müssen wir zu höheren Formen der Gesellschaft kommen. Durch geistiges Ringen mit den heutigen Wirtschaftsführern in demokratischen Wirtschaftskammern muß die Organisation der Arbeitenden sich durchsetzen. In dem jetzt bekannt gewordenen Referentenentwurf für den Reichswirtschaftsrat und seines Unterbaus ist den Forderungen der Gewerkschaften keinerlei Rechnung getragen. Angesichts dieses ist es höchste Zeit, daß wir uns über unsere Forderungen klar werden. Die Unternehmer wollen die Arbeiterkammern, nicht aber die paritätischen Wirtschaftskammern. Die Wirtschaft ist heute Mittelpunkt geworden, somit tritt auch die Gewerkschaft stärker ins wirtschaftliche Leben ein. Wir kämpfen für die Gleichberechtigung der Arbeiter. (Beifall.)

Herberg sagt in seinem Schlußwort: Anregungen sind gegeben worden, die wohl zu beachten sind. Die Handelsbilanz ist ein Schreckgespenst. Mit ihr wird ein Druck auf das Volk ausgeübt. Schon vor dem Kriege gab es Unterbilanz, bei der sich die Wölter gut fanden. Die Handelsbilanz ist kein Gradmesser für den Volkswohlstand.

Betriebsdemokratie und Wirtschaftsdemokratie ist nicht dasselbe. Es ist nicht Ziel der Gewerkschaften, den Arbeitern die Betriebe anzuvertrauen. Betriebsdemokratie ist die Abschaffung des Syndikalismus. Fälschlicherweise wird Wirtschaftsdemokratie mit Interneremierung von Gruppen verwechselt. Daher haben wir recht, zu sagen, wir haben keine Wirtschaftsführer. Wirtschaftsführung ist die Führung im Interesse der Wirtschaft. Wirtschaftsdemokratie ist Führung der Wirtschaft durch und für die Allgemeinheit. Wir müssen und haben, daß die Wirtschaftsdemokratie als ferneres Ziel bezeichnet wird. Bauhütten, Konsumvereine usw. liegen alle in der Richtung der Schaffung einer Wirtschaftsdemokratie, die dem Arbeiter die Wirtschaft durchgängig macht. Hieran muß gelernt werden. Den Gewerkschaften obliegt die Pflicht, den Kampf gegen die Wirtschaftsinteressen, die

auf Seite der heutigen Wirtschaft liegen, zu führen. Die Gewerkschaften müssen die sozialen Interessen des Volkes vertreten und dieses Ringen auch international führen. (Beifall.)

Zu den vorliegenden Punkten wurde die Entschließung des Bundesvorstandes nahezu einstimmig angenommen, die im ersten Teil eine Darstellung der Schäden der heutigen Wirtschaft enthält und im zweiten Teil die Forderungen der freien Gewerkschaft anführt. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag, der die Gewerkschaften verpflichtet, die Bauhüttenbewegung zu unterstützen. (Wir veröffentlichen diese Entschließung in der nächsten Nummer.) — Es kommt zum dritten Punkt der Tagesordnung:

**Die Sozialgesetzgebung in Deutschland**

Der Mann Müller vom Bundesvorstand führt als Berichtserhalter aus: Prof. Singheimers Stelle auf dem letzten Bundeskongress soziale Gewerkschaftsforderungen auf, von denen bis heute noch nichts erfüllt ist. Die Zeit nach dem Rathenau-Mord machte die Durchsetzung der Forderungen unmöglich. Inzwischen sind Illusionen zusammengebrochen, Illusionen, die sich die Arbeiter gemacht hatten in einer Zeit, die ihr die politische Macht in die Hände gab bei vollständigem Zusammenbruch der Wirtschaft. Um vorwärts zu kommen, müssen die gewählten Gewerkschaften wieder gefestigt werden.

Wir verlangen, daß das Arbeitsrecht fortgesetzt und durchgeführt wird. Bisher liegen verschiedene Entwürfe zu einem Handwerksgesetz vor, die den Gewerkschaften nicht vorgelegt wurden, wohl aber den Unternehmerverbänden. Diese Mißachtung ist empörend, zumal diese Entwürfe viele soziale Fragen enthalten. Dem allgemeinen Arbeitsgesetz muß die Verordnung über den Arbeitsvertrag vorgeordnet werden. 1918 brachte der Fortschritt vom Einzelvertrag zum Kollektivvertrag unter der Anerkennung der Gewerkschaften. Dieser Fortschritt ist im § 166 der Reichsverfassung niedergelegt worden. Der Entwurf eines Arbeitsgesetzes von Prof. Singheimer, der bei uns unterwar, hat keinerlei Beachtung gefunden. Jetzt wird versucht, Arbeitsverträge abzuschließen. Wir müssen verhindern, daß solchen Arbeitsverträgen der Charakter von Tarifverträgen zugewiesen wird. Die Betriebsräte müssen sich hüten, Arbeitsvereinbarungen zuzustimmen.

Im Arbeitsministerium sind Kräfte am Werke, die Arbeitsvereinbarungen zu fördern. Große Verschlechterungen brachte die Schlichtungsordnung. Durch die Verbindlichkeitsverordnungen wird die Zeitnächstigkeit der Arbeiter gefährdet. Wir greifen nur im äußersten Fall zum Mittel des Streiks, können aber keinesfalls auf den Streik verzichten. Darum lehnen wir den Tarifzwang ab. Bei der Verbindlichkeitsverordnungen müssen Sicherungen geschaffen werden, solange wir den sozialen Geist im heutigen Schlichtungsweisen vermissen.

In Leipzig haben wir Arbeitsgerichte mit behördlichem Charakter gefordert. Wir haben auch hier Entwürfe gesehen, die in keiner Weise unseren Forderungen entsprechen. Der Entwurf enthält Grundzüge, nach denen die Gewerkschaften bei Streitigkeiten verklagt werden können, die Gewerkschaft aber keinerlei Klage gegen die Unternehmer führen kann.

Die Frage Arbeitslosen fürsorge oder Arbeitslosenversicherung liegt für uns klar. Wir müssen das Fürsorgeprinzip, das ist, daß der Staat die Fürsorge aus seinen Mitteln bestreitet, vertreten. Die Arbeitslosenversicherung führt sich auf Beitragsleistung der Arbeiter, Unternehmer und des Staates. Heute haben schon die Arbeiter Beiträge zu leisten, haben aber keinerlei Mitbestimmungsrecht. Von der Versicherung müssen wir fordern, daß die Behörden nur die Aufsicht haben, im sonstigen aber volle Selbstverwaltung besteht. Auch müssen alle Arbeiter von der Versicherung erfasst werden. Die Leistungen müssen ausreichend sein.

Es gehen Bestrebungen aus, die Krankenkassen auf Berufs-unterstützen. Alle Parteien sind sich darin einig, außer der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei. Betriebskrankenkassen und Krankenkassen werden zwangsweise eingeführt. Dagegen wenden wir uns mit aller Kraft. Deutschland ist heute nicht mehr der führende Staat in der Sozialgesetzgebung, das Ausland ist uns in vielem überholt. Somit fällt auch der Einwand der deutschen Unternehmer, die Sozialgesetzgebung sei für die Wirtschaft untragbar. Die Gewerkschaften sind sich immer ihrer vollen Verantwortung bewusst gewesen, ihre sozialen Forderungen haben sich immer im Einklang mit der Wirtschaft befunden. (Beifall.)

Zu der Ansprache ergreift als erster Schimidt (Fabrikarbeiterverband) das Wort. Der Vortragende ist viel zu vernünftenselig. Nicht solchen Augen dürfte der neue Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes vorgelegt werden. Die bürgerlichen Parteien werden bei der Beratung im Reichstag noch ganz gehörige Verschlechterungen in das Gesetz bringen. Der Gesetzesentwurf führt den Rechtswahlzwang vor, erst in zweiter Instanz können Gewerkschaftsvertreter zugelassen werden. Der Entwurf ist für die Arbeiterklasse unannehmbar. Eine Arbeitsgerichtsbarkeit muß geschaffen werden, die nach vollkommenen Rechtsgrundsätzen arbeitet.

Lehmann (Krankenkassenverband): Arbeitslosenfürsorge muß abgelehnt werden, da bei ihr der Rechtswahlzwang der Arbeiter fehlt. Den Arbeitern darf nicht die ganze Last aufgelegt werden, sondern die Arbeitslosenversicherung muß vom ganzen Volk getragen sein. Die Arbeiter sind zu warten, für Betriebskrankenkassen einzutreten. Die Krankenkassen müssen den Kampf gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften dienen.

**Vierter Tag**

Früher als an den vorhergehenden Tagen eröffnet Schumann die Sitzung und gibt die Vorschläge zur Wahl des Bundesvorstandes bekannt.

Es wird in der Ansprache über den Vortrag: Die Sozialgesetzgebung in Deutschland fortgefahren. Als erster spricht Ultebrunn (Bergarbeiter): Er bekennt die Zustimmung, die die wertvollen Vorschläge des Prof. Singheimers zur Arbeitsgerichtsbarkeit ist, das bedeutet die Unterstützung an die Staatsjustiz. Unsere Pflicht ist, dies zu ändern.

Die Frage Arbeitslosen fürsorge oder Arbeitslosenversicherung liegt für uns klar. Wir müssen das Fürsorgeprinzip, das ist, daß der Staat die Fürsorge aus seinen Mitteln bestreitet, vertreten. Die Arbeitslosenversicherung führt sich auf Beitragsleistung der Arbeiter, Unternehmer und des Staates. Heute haben schon die Arbeiter Beiträge zu leisten, haben aber keinerlei Mitbestimmungsrecht. Von der Versicherung müssen wir fordern, daß die Behörden nur die Aufsicht haben, im sonstigen aber volle Selbstverwaltung besteht. Auch müssen alle Arbeiter von der Versicherung erfasst werden. Die Leistungen müssen ausreichend sein.

Zu der Ansprache ergreift als erster Schimidt (Fabrikarbeiterverband) das Wort. Der Vortragende ist viel zu vernünftenselig. Nicht solchen Augen dürfte der neue Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes vorgelegt werden. Die bürgerlichen Parteien werden bei der Beratung im Reichstag noch ganz gehörige Verschlechterungen in das Gesetz bringen. Der Gesetzesentwurf führt den Rechtswahlzwang vor, erst in zweiter Instanz können Gewerkschaftsvertreter zugelassen werden. Der Entwurf ist für die Arbeiterklasse unannehmbar. Eine Arbeitsgerichtsbarkeit muß geschaffen werden, die nach vollkommenen Rechtsgrundsätzen arbeitet.

Lehmann (Krankenkassenverband): Arbeitslosenfürsorge muß abgelehnt werden, da bei ihr der Rechtswahlzwang der Arbeiter fehlt. Den Arbeitern darf nicht die ganze Last aufgelegt werden, sondern die Arbeitslosenversicherung muß vom ganzen Volk getragen sein. Die Arbeiter sind zu warten, für Betriebskrankenkassen einzutreten. Die Krankenkassen müssen den Kampf gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften dienen.

**Die Verschmelzung der Braunkohle**

Von Ingenieur A. Kalpers

In den jüngsten Schritten, die sich bei uns mit der Verwertung und Ausnutzung von Kohle betreffen, gehört das Verfahren, welches Arbeitsverfahren namentlich in den Kriegsjahren eine notwendige Aufmerksamkeit gewidmet wurde, geradezu die so selten und wertvoll gewordenen. Es darf möglichst reiches Erzeugnis der bituminösen Stoffe, das heißt derjenigen Stoffe, aus denen auch die besten Schmelzstoffe hergestellt werden können. Namentlich der Braunkohle, die doch immerhin schon wegen ihres geringeren Heizwertes gegenüber der Steinkohle als ein Ersatzmittel jenseits der Dänemark-See betrachtet wird, und die es leichter befähigt, herangezogene Dampfer zu anderer bestmöglicher Übertragung zu leisten.

Von nun an, was betrifft man unter Verschmelzung im industriellen Sinne? Es versteht man unter Verschmelzung die Zusammenführung von Kohle, die bei hoher Temperatur zusammengepresst wird. Da die Verschmelzung der Steinkohle bei hoher Temperatur erfolgt, kann die Kohle nicht mehr als Ersatzmittel betrachtet werden, sondern wird die Verschmelzung der Braunkohle. Darüber, wo die Verschmelzung der Braunkohle erfolgt und die Kohle beginnt, ist man sich noch nicht ganz einig geworden, da zwischen beiden Verfahren eine Reihe von Zwischenstufen liegen, die aber auch die Verschmelzung der Braunkohle in der, den Hauptbestand des Schmelzes, ergeben. Das Schmelzen selbst kann in wässriger oder trockener Substanz vorgenommen werden. Als ein und das gleiche Verfahren zur Verschmelzung finden, deswegen die wässrige, unvollständige Trennung, was besser zu nennen ist die wässrige oder trockene Verschmelzung, jedoch jedoch Braunkohle und Steinkohle. Um nur kurz zu sagen, wie zum Beispiel der trockene Verschmelzung arbeitet, so ist es so, daß die Braunkohle an der hohen Seite aufgegeben wird, über den Weg von links nach rechts verläuft über die Kohle in der von außen hergehenden Trennung nimmt und daß dann die Kohle nach rechts verläuft.

Dr. P. (Kfz): Die Arbeitsgerichtsbarkeit ist das wichtigste Gebiet. Heute sind Arbeiter auf den langweiligen, beschwerlichen Weg der ordentlichen Gerichtsbarkeit gewiesen. Das muß geändert werden. Den Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes mit einem „Annehmbar“ abzurufen, wäre falsch. Wir müssen versuchen, das Gesetz nach unseren Wünschen zu ändern.

Frau Schreier (Buchbinder): Die geplante Verschlechterung der Wochenhilfe und Schulungsstelle muß abgelehnt werden, das sind wir der Gesamtheit schuldig.

Salz (Bergarbeiter): Daß an der Spitze der Revolution der Verfall der Sozialgesetzgebung steht und daß am Anfang der Revolution die Arbeiter an der Macht waren, das kennzeichnet diese Revolution. Die erhoffte Arbeitsgerichtsbarkeit wird weiter nichts bringen, als die letzten letzten Reste der Revolutionärrückwirkungen befestigen. Der Kongress muß einen Protest in die Welt schicken gegen das Treiben des Unternehmertums, das rücksichtslos die alten Arbeiter auf die Straße wirft, ohne daß dagegen eine Hilfe möglich ist. Redner zeigt an Beispielen aus der sozialen Hilfe Rußlands, daß Deutschland weit zurückgefallen ist.

Emma Rißke (Textilarbeiter): Der Deutsche Textilarbeiterverband hat durch Eingaben einen umfassenden Wächterinnen- und -jungen gefordert. Wochenhilfe allein kann nicht genügen. Wir müssen bald zu einem guten Schutz kommen, denn die Säuglingssterblichkeit ist unheimlich hoch. Unsere jetzige Regierung hat kein Verständnis für eine menschliche Hilfe für die Armen, darum muß diese Regierung bekämpft werden.

Wiska (Metallarbeiter): Wir weisen hin auf die Rechtungleichheit zwischen Arbeitern, Angestellten und Festangestellten in Reich, Land und Kommune. Alle, die im Dienst eines Volkes ihre Kräfte geopfert haben, haben das Recht, eine gleiche Sicherstellung ihres Lebens zu fordern. Unser Antrag fordert die Rechtsgleichheit in der Sozialgesetzgebung.

Schmalz (Metallarbeiter) begründet den Berliner Antrag, der den Schutz der Jugendlichen und der Arbeiterinnen fordert. Wir halten Kurse in Gewerkschaften ab, um Kräfte in diesem Gebiet heranzuziehen.

Brandt (Metallarbeiter): Die Arbeitslosenfürsorge muß für die gesamte Arbeiterschaft gleichmäßig geregelt werden.

Kraus (Metallarbeiter): Es ist bedauerlich, daß der Antrag, der die Ablehnung aller Schiedsprüche fordert, die gegen unsere grundsätzlichen Forderungen verstößt, von diesem Kongress keine Unterstützung erhält. Wir Kommunisten haben uns bei allen Abstimmungen der Stimme enthalten, weil man uns nicht genügend „Worte“ kommen ließ.

Müller sagt im Schlußwort: In der Frage, ob Arbeitslosenfürsorge oder Arbeitslosenversicherung ist zu sagen, daß wir grundsätzlich die Forderung der Arbeitslosenfürsorge stellen, unter den heutigen Verhältnissen aber können wir sie leider nicht erreichen und müssen somit versuchen, die geplante Arbeitslosenversicherung in unserem Sinne auszubauen. Wenn behauptet wurde, die Volkshilfe hätte uns andere Verhältnisse gebracht, so bestreiten wir das nicht, wir streiten nur, daß es für die deutschen Arbeiter besser geworden wäre. Rußland mit seinen unermeßlichen Bodenschätzen konnte etwas anderes versuchen, als es dem armen Deutschland erlaubt ist. Die Studienkommission der deutschen Bergarbeiter wurde von den Russen abgelehnt, weil sie eigene Dolmetscher mitnehmen wollten. (Hört, hört!) Wir werden alles daran setzen müssen, die deutsche Sozialgesetzgebung in unserem Sinne zu beeinflussen.

Die Abstimmung über die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge ergibt die Annahme der Entschließungen des Bundesvorstandes. Ferner wird ein Antrag angenommen, der die Änderung des § 123 Absatz 8 der Gewerbeordnung verlangt. Der Antrag der Berliner Metallarbeiter, der Ferien- und Pensionseinrichtungen für alle Arbeiter fordert, sowie ein Vorschlag, der eine einheitliche Sozialgesetzgebung verlangt, wird dem Bundesvorstand als Material überwiesen.

**Fünfter Tag**

**Berufsverband oder Industriearbeiterorganisation?**

Der Kongress tritt in die Beratung der Organisationsfrage ein. Der Berichtserhalter, Genosse Graumann, beginnt mit einem Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung des industriearbeiterlichen Gedankens. Die Frage sei besonders seit dem Leipziger Kongress überaus eingehend erörtert worden. Gegen den Industriearbeiterbund an sich ist kaum einer der Verbände oder Genossen. Der Widerstand richtete sich gegen die Anwendung von Zwang. Die Lösung dieser Frage dürfe, das sei die allgemeine Ansicht, nicht zu einer Ergrünerung des ADGB führen. Als Vorstufe der Industriearbeiterorganisation sei eine weitgehende Verschmelzung der Verbände zu fordern. Eine ganze Reihe kleiner Verbände tragen sich mit dem Gedanken, in größeren Verbänden zusammenzugehen. Diese begrüßenswerte Bewegung soll durch Änderung der Bundesstatuten eine Förderung erfahren. In dieser Richtung bewegen sich die Anträge des Bundesvorstandes. Sind in einer Industrie mehrere Verbände vertreten, so ist die Zusammenarbeit durch Vereinbarungen zu regeln. Freunde und Gegner der Industriearbeiterverbände kommen bei dieser Regelung nicht auf ihre Rechnung, beide haben nachgeben müssen und der Mittelweg scheint der gangbarste zu sein. Wichtig ist, daß das einmütige Verhalten der Verbände untereinander gefördert wird.

Dijmann (Metallarbeiter) begründet den Antrag 62 — der Entwurf eines umfassenden Organisationsplanes für Industriearbeiterverbände —, der von einer Reihe Vertreter der auf dem Boden von Industriearbeiterorganisationen stehenden Verbänden unterzeichnet ist. Der Plan ist nach dem auf dem Leipziger Kongress angenommenen Antrag geschaffen worden. Der Bundesvorstand hat nichts unternommen, den Leipziger Beschluß zur Durchführung zu bringen. Die Widerstände gegen die Industriearbeiterverbände sind unangenehm stark, führten selbst zur Drohung mit dem Austritt aus dem ADGB. (Lebhaftes Hört, hört!)

Der Vorschlag des Bundesvorstandes spricht sich wohl im Prinzip für Industriearbeiterverbände aus, leider löst er aber jede Schlußfolgerung

abgejagen werden. Die Länge eines derartigen Ofens von 100 Zentnern Durchmesser mit 20 Meter. Diese Ofen haben namentlich in den Kriegsjahren manche Dienste geleistet. Die Anwesenheit hat sich zwar in den letzten Jahren den stehenden Schmelzen zugewandt; doch soll nicht unerwähnt bleiben, daß man neuerdings wieder von erfolgreicheren Verfahren im Keller-Biegler-Ofen gehört hat, in dem eine große Anzahl von Kohlen verschmolzen werden können. Heute bedient man sich vielfach der stehenden Ofen, von denen der Keller-Ofen die erste Stelle einnimmt. Im industriearbeiterlichen Braunkohleverfahren sind alle über 1200 solcher Schmelzen in Betrieb, deren Hauptfehler aber ihre geringere Leistungsfähigkeit ist. Vor einigen Jahren ist auch ein stehender Ofen von Regain gebaut und kürzlich wieder verbessert worden, der, nach den Ergebnissen zu urteilen, ebenfalls für den industriearbeiterlichen Betrieb geeignet zu sein scheint.

Der Keller-Ofen hat eine lange Entwicklung durchgemacht müssen. In diesem Ofen, dessen Höhe 10 Meter beträgt, sind 65 Gloden (je zwei kegelförmige Ringe) übereinander so angeordnet, daß sie schräg nach unten geneigt sind. Seine Leistungsfähigkeit beträgt 5 Tonne in 24 Stunden. Während der Keller-Ofen stehend ist, hat die Firma Regain ihren stehenden Schmelzen dreifach ausgebaut, was gleichzeitiger Verwertung der Kohle durch die Füllhöhe. Aus einer Braunkohle wurden im Keller-Ofen (Schmelze drei Tonne) gewonnen auf 100 Kilogramm Schmelze 75 kg wasserfreier Asche, 20 kg Schlacke mit einem Heizwert von 6237 Wärmeeinheiten und 18 kg Schmelze. Der Regain-Ofen mit 3 Tonne Leistung ist allerdings, wie gesagt, nur ein Versuchsofen; nach dem bisherigen Verlauf dieses Werkes aber ist er fast ohne Schwierigkeiten bei einer Erzeugung von 20 bis 15 Tonne in der Leistung steigern lassen. Die Versuche sind jetzt an einem Ofen in vollem Gange, so daß es nun einer geübteren Braunkohleverarbeitung halber zu wünschen wäre, wenn auf diesem Schicht baldige volle Klarheit darüber befände, welches Ofensystem gleichmäßig mit der Sicherheit des Betriebes auch die Frage der wirtschaftlichen Leistung vollkommen ist. Wenden wir uns nun den Eigenschaften der Braunkohleverschmelzung zu:

vermissen. Für die Metallindustrie, nicht minder eine Reihe anderer wichtiger Industrien, sind Industrieverbände eine zwingende Notwendigkeit. Wir haben nichts nachgegeben, um auch nicht den Schatten von Zwang aufkommen zu lassen. Die Verschmelzungen führen nicht zu Industrieverbänden, sondern verbauen nur noch den Weg. Im Namen der Metallarbeiter bitte ich, unseren Vorschlag anzunehmen. Wir müssen heraus aus der kräftigerbrauchenden Praxis der Berufsverbände. Unsere großen Aufgaben können wir nur mit der Zusammenfassung der Kräfte erfüllen. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob Kämpfe mit der beruhten Kleinindustrie oder mit der Beherrschern der deutschen Wirtschaft, den Berg- und Eisenindustrie, geführt werden müssen. Hier können nur die in Industrieverbänden zusammengehaltenen Massen in den Kampf geführt werden. Dijnmann verliest folgende

**Erklärung der Metallarbeiter:**

Die veränderten Verhältnisse der Nachkriegszeit, die industrielle Entwicklung, die kapitalistische Kräftekonzentration sowie die weit größeren und umfassenderen Aufgaben der Gewerkschaften machen es zur gebieterischen Pflicht, nachdrücklich für die einheitliche Schaffung von Industrieverbänden einzutreten. In diesem Sinne hat auch der 11. deutsche Gewerkschaftskongress vor drei Jahren entschieden und dem Vorstand und Ausschuh des ADGB den konkreten Auftrag erteilt, in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organisieren Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung u. m. v. vorsieht.

Die vom Ausschuh des ADGB zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission lehnte im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand in ihrer Mehrheit bedauerlicherweise ab, eine Vorlage für Industrieverbände zu schaffen. Diese Aufgabe haben dann die Befürworter von Industrieverbänden übernommen. Für diese Vorlage (allgemeine Richtlinien und Organisationsplan) stimmten in der 14. Bundesversammlung die Vertreter von 14 Verbänden, die die Mehrheit der im ADGB vereinigten Gewerkschaftsmitglieder vertreten. Nachdem eine Mehrheit der im ADGB vereinigten Gewerkschaftsmitglieder für die von den Befürwortern von Industrieverbänden geschaffene Vorlage für einheitliche Industrieverbände klar erkennbar war, ist der Bundesvorstand dazu übergegangen, eine Änderung der §§ 4, 5 und 6 der Bundesstatuten vorzuschlagen. Diese neuen Paragraphen der Bundesstatuten ändern jedoch in der Praxis an den bisherigen Zuständen nichts. Auf die praktische Auswirkung aber kommt es an. Das ist das Entscheidende.

Die in den Nummern 30, 31 und 32 erschienenen und vom Bundesvorstand gedruckten Aufsätze der Gewerkschaftszeitung lassen ebensoviele wie die Erklärungen des Bundesvorstandes einen Zweifel darüber, daß die Anträge des letzteren lediglich eine Verschmelzung von Berufsverbänden vorsehen, Verschmelzungen, die auch bisher in das Belieben der einzelnen Verbände gestellt waren. Die Schaffung von Industrieverbänden steht jedoch die organisatorische Zusammenfassung aller in einer Industriegruppe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen voraus.

Die Befürworter von Industrieverbänden haben stets die gegenseitige Verständigung in den Vordergrund gestellt, nicht aber Zwangsmaßnahmen gefordert, wie ihnen wiederholt unterstellt wurde. Und in keinem Stadium der Verhandlungen ist es uns eingefallen, mit direkten oder indirekten Androhungen zu spielen, die ein event. Auscheiden aus dem ADGB angelündigt hätten. Das ist jedoch zu wiederholten Malen von den Gegnern einer einheitlichen Schaffung von Industrieverbänden behauptet worden. So können jedoch niemals ernste Gewerkschaftsprobleme gelöst werden, deren sachliche Behandlung durch solche Androhungen in unzulässiger Weise beeinträchtigt wird.

Die Vorschläge des Bundesvorstandes nehmen leider in keiner Weise Rücksicht auf die verschiedenen Industriegruppen, für die die Schaffung von Industrieverbänden eine organisatorische Lebensnotwendigkeit bedeutet. Das trifft insbesondere auch zu für die eisenerzeugende und eisen- und metallverarbeitende Industrie. Die Anträge des Bundesvorstandes ignorieren vollständig die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband als Vertreter etwa 1/3 der deutschen Gewerkschaftsmitglieder für die Eisen- und Metallindustrie immer wieder betonten organisatorischen Notwendigkeiten. Die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes halten deshalb ihre zum 12. deutschen Gewerkschaftskongress gestellten Anträge zur Schaffung einheitlicher Industrieverbände aufrecht und müssen aus den vorgenannten sachlichen Gründen die Anträge des Bundesvorstandes ablehnen.

Die Delegation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum 12. deutschen Gewerkschaftskongress

(Langenhaltender Beifall.)

Scheffel (Eisenbahner) berichtet für die Beratungskommission und bittet, die Entschließung des Bundesvorstandes anzunehmen. Die festgelegten Richtlinien haben hindernden Charakter und müssen strikte befolgt werden.

Die Ansprache wird geschlossen, der Vortragende Graumann verweist auf das Schlußwort. Der Vertreter der Bergarbeiter Gusemann gibt eine Erklärung ab, daß die Industriearbeiter an Industrieverbänden festhalten, aber für die Entschließung des Vorstandes stimmen werden, um eine Einmütigkeit herbeizuführen. Wir werden durch Verhandlungen der Einzelverbände dem Industriearbeiter näherkommen suchen. Tarnow (Holzarbeiter) erklärt, die Holzarbeiter stimmen für den Vorstandsbeschluß, weil sie darin die einzig mögliche Regelung erblicken. Müntner (Gemeindearbeiter): Wir betrachten die Vorstandsentschließung nicht als Entlösung, stimmen aber dafür, da wir glauben, auf diesem Boden unserem Ziel näherzukommen. Für den Deutschen Bauernverband stellt Papiow fest, daß sie auf dem Boden des Dijnmannschen Entwurfes stehen, da er heute nicht zu erreichen war, müssen wir ihn vorerst für den Vorstandsentwurf stimmen. Vreh (Fabrikarbeiter): Die Fabrikarbeiter lehnen grundsätzlich den Dijnmannschen Entwurf ab.

Der Teer hat eine braune bis schwarze Farbe, verbreitet einen eigenartigen Geruch und ist im so wertvoller, je leichter er ist; sein spezifisches Gewicht beträgt 0,880 bis 0,910. Nach seiner Auscheidung aus dem Schmelzen ist er noch nicht verwendungsfähig, vielmehr muß er erst noch aufgearbeitet werden. Die bei der Destillation der Erdölindustrie gesammelten Erfahrungen kamen zu diesem Zweck gut zustatten. Die Destillation selbst wird im Vakuum in Gefäßen aus Eisen, den sogenannten Stajen, die mit Kohlstoffe beheizt werden, vorgenommen. Nachdem beim Destillationsprozeß zuerst das Wasser übergegangen ist, folgen zunächst die paraffinreichen Teile und schließlich die Paraffinmasse. In der Waage ist nach der Destillation ein glänzender Rest zurückgelassen, der durch Losbrechung entfernt wird. Da er noch Kohlenwasserstoffe enthält, besitzt er einen hohen Heizwert, nämlich von 8400 bis 8500 Wärmeeinheiten. Wegen seiner Abstreifbarkeit wird er von der elektrischen Industrie gern abgenommen. Die bei der Destillation auftretenden Gase werden abgezogen und können für Leucht-, Heiz- und motorische Zwecke verwendet werden. Da die Destillate des Teers noch mehr oder weniger paraffinhaltig sind, werden die paraffinarmen Destillate nochmals abdestilliert, damit das Paraffin möglichst ganz entfernt werden kann. Darauf teilt man diese paraffinreiche Masse in eiserne Behälter, in denen sich das Paraffin aus dem Öl durch Abkühlung abscheidet. Es wird dann noch einer besonderen Aufbereitung, wozu es verschiedene Verfahren gibt, unterzogen. Der Preis des Paraffins richtet sich nach seinem Geruch, Aussehen und Schmelzpunkt. Es findet Verwendung in der elektrischen Industrie für Isolationsmittel, in der Feinverfertigung in der Textilindustrie zur Appretierung von Geweben, in der pharmazeutischen Industrie für Salben u. a. m.

Aber auch die Ole haben einen hohen wirtschaftlichen Wert. Sie sind bekannt als Betriebsstoff für Kraftwagen (Benzin), als Paraffin, Gasöl und Paraffinöle, welche Orlarten sich durch die verschiedenen Eigenschaften unterscheiden und Verwendungswärmen von 10 450 bis 10 700 Wärmeeinheiten besitzen. Für die Verbrennung in Dieselmotoren sind sie besonders geeignet. Da wir für die vorgenannten Zwecke (Motoren- und Schmieröl) hauptsächlich ungeschwefelte Mineral

In der Abstimmung wird gegen die Metallarbeiter und einige Vertreter anderer Berufe die folgende Entschließung des Bundesvorstandes angenommen:

Entschließung in der Organisationsfrage

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands weist erneut auf die Notwendigkeit hin, daß die dem Bund angeschlossenen verschiedenen Berufsorganisationen zum Zwecke möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinfachung der gemeinsamen Organisations- und Industrieverbände zusammengeführt werden.

Der Kongress erkennt an, daß seit dem Beschluß von Leipzig im Jahre 1922 der Zusammenschluß und damit die Konzentration der Gewerkschaften gute Fortschritte gemacht hat. Er erblickt in dieser freiwilligen Verschmelzung der Verbände die beste Entwicklungsmöglichkeit, u. a. auch in der Zukunft und beauftragt den Bundesvorstand, auf Grund der neuen Bundesfassung die Industriearbeitsorganisation nach Möglichkeit zu fördern.

Im Hinblick darauf, daß in gewissen Industrien durch selbständiges Vorgehen einzelner Verbände bei Lohnbewegungen Nachteile und Schädigungen für andere Verbände oder deren Mitglieder entstanden sind, verpflichtet der Kongress sämtliche dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften nachdrücklich zur strikten Befolgung der hierfür geltenden Vorschriften der Bundesfassung, insbesondere der folgenden:

- 1. Bei Lohnbewegungen, die mehrere Gewerkschaften umfassen oder in ihrem Verlauf voraussichtlich in Miteinbeziehung ziehen können, ist es Pflicht der beteiligten Gewerkschaften, sich rechtzeitig vorher gegenseitig zu verständigen oder über deren Durchführung zu einigen.
2. Bei gemeinsamen Lohnbewegungen in solchen Industrien, in denen Mitglieder mehrerer Verbände beschäftigt sind, obliegt die Führung der Bewegung der mit der Mehrheit der Mitglieder beteiligten Gewerkschaft.
3. Treten nur die Angehörigen eines Berufes für sich allein in eine Lohnbewegung, so hat deren Verband rechtzeitig vorher die führende Organisation in Kenntnis zu setzen, um eine Verständigung unter den beteiligten Verbänden herbeizuführen.
4. Keine Gewerkschaft darf selbständig für sich allein ihre Forderungen feststellen, ehe sie nicht mit den übrigen beteiligten Verbänden eine entsprechende Verständigung versucht hat.
5. Lehnt die führende Organisation die Unterstützung eines nicht genehmigten gemeinsamen Streiks ab, so dürfen auch die anderen miteinbezüglichen Gewerkschaften keine Unterstützung leisten.
6. Läßt eine Berufsgruppe es an der gebührenden Rücksichtnahme auf das Interesse und die Stellung der Mehrheit fehlen, so kann sie nicht verlangen, daß ihr gegenüber Solidarität geübt wird.

Der Kongress erinnert ferner an die geltenden Vorschriften über die notwendige Wechselseitigkeit bei der Zusammenfassung der Verhandlungskommissionen sowie bei dem Abschluß und der Unterzeichnung von Tarifverträgen. In dem Kongress demgegenüber auch die festgelegten solidarischen Pflichten der führenden Organisation in die Erinnerung ruft, spricht er die bestimmte Erwartung aus, daß durch allseitige Beachtung dieser Bestimmungen seitens der Verbände und der Gesamtheit ihrer Mitglieder in Zukunft Schädigungen einzelner Gewerkschaften oder deren Mitglieder vermieden werden. Der Bundesvorstand wird beauftragt, Verstöße hiergegen mit den verfügbaren Mitteln entgegenzutreten.

Der Kongress spricht endlich aus, daß neben der notwendigen Stärkung der Einzelverbände und neben der Förderung der Industriearbeitsorganisation die stärkste Konzentration der deutschen Gewerkschaften in der Geschlossenheit und harten Macht des ADGB zu erblicken ist. Die Einigkeit des Bundes zu wahren und seinen Einfluß zu vergrößern, ist die Pflicht aller angeschlossenen Verbände und jedes Gewerkschaftsmitgliedes.

Der Kongress ruft die Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Land, insbesondere auch die Jugend hiermit auf, durch zahlreicheren weiteren Beitritt die Gewerkschaften zu stärken. Angesichts des allseitigen Anstiehs des vereinigten Unternehmens auf die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse müssen alle, die jedoch noch fernhalten oder sich zurückgezogen haben, in solidarischer Pflichterfüllung ihren Platz in den Gewerkschaften finden. Dann werden die Verbände und der Bund den schwereren Kampf um die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der gesamten Arbeiterklasse um so erfolgreicher führen können.

Die Wahl des Bundesvorstandes ergibt die Wiederwahl des alten Vorstandes mit allen gegen 11 ungültige Stimmen.

Leipzig dankt im Namen der Gewählten, verspricht treue Pflichterfüllung und erwartet tätige Mithilfe aller Kräfte im Lande. So wird der Bundesvorstand seine großen Aufgaben erfüllen können. Dank allen, die am Gelingen der Breslauer Tagung ihren Anteil haben. Breslau wird ein starker Stützpunkt auf dem Wege des kämpfenden Proletariats. (Weisfall.)

Nunmehr folgt die Beratung der Bundesfassung. Die vom Bundesvorstand vorgelegten Satzungsänderungen, die dem Streben der Verschmelzung dienen sollen, werden einstimmig angenommen. Ein Antrag auf Schaffung einheitlicher Verbandsbücher wird angenommen und die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszeitung gegen ganz wenige Stimmen abgelehnt.

Somit ist die Tagesordnung erschöpft. Es richten noch die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen Grüße an den Kongress. Jakobson (Dänemark) überbringt die Grüße der Dänen und spricht den deutschen Arbeitern den Dank für ihre Hilfe im großen dänischen Kampf aus.

Thorberg (Schweden): Die schwedischen Arbeiter verfolgen die deutsche Bewegung und freuen sich, daß die deutschen Gewerkschaften sich wieder erholt haben. 35 vH der schwedischen Arbeiter waren arbeitslos, das war eine schwere Zeit für unsere Verbände. Jetzt sind in Schweden 360 000 Arbeiter organisiert. Ihren Gruß überbringe ich Ihnen.

Schorf (Österreich): Wir Österreicher werden gezwungen, uns selbst zu erhalten. Das ist wirtschaftlich unmöglich. Ein österreichischer Arbeiter muß mit einer nahezu zweijährigen Arbeitslosigkeit rechnen. Wir hoffen, daß die Zeit bald kommt, wo wir als deutsche Gewerkschafter bei euch sein werden. Ich grüße Sie mit dem österreichischen Arbeitergruß „Freundschaft“.

Lenoir (Frankreich): Ich bin erfreut über euren Erfolg. Wie ihr, so haben auch wir sehr große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wir wollen den Frieden. Die französische Arbeiterklasse grüßt Sie.

Dürz (Schweiz): Die Schweizer Verhältnisse sind von den deutschen abhängig. Unsere Sozialgesetzgebung ist noch schlecht. In Urabstimmung wurden wichtige soziale Gesetze abgelehnt. Den Achtungsbewußt können wir durch unsere Demokratie retten. Ich danke Ihnen für ihre Gastfreundschaft.

Taherle (Tschechoslowakei): Der Kongress hat uns die Gelegenheit, ihre Bewegung kennen zu lernen. Ihre Erfolge erfreuen uns. Die Kommunisten haben die tschechoslowakische Arbeiterbewegung gerissen und schwer geschädigt. Die gewonnenen Mitglieder konnten sie aber nicht halten. Ich wünsche den besten Erfolg für Ihre weitere selbstbewußte Arbeit.

Korhenstein spricht im Namen des ungarischen Gewerkschaftsrates. Ich danke für Ihre freundliche Aufnahme. In Ungarn wütet die Reaktion und macht den Gewerkschaften das Arbeiten unmöglich. Die Reaktion ist nur durch den kommunistischen Räuberzug möglich geworden.

Mertens dankt im Namen der belgischen Gewerkschaften und des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Wir haben auf Ihrer Tagung viel gelernt und werden in allen Ländern von Ihrer vorbildlichen Arbeit berichten. Dank auch der Breslauer und der schlesischen Arbeiterklasse. Es macht auf uns den größten Eindruck, daß die deutsche Arbeiterklasse für die Republik kämpft. Möge bald die Weltrepublik, die große sozialistische Gemeinschaft, Wahrheit werden. (Langanhaltender Beifall.)

Der Kongressvorsitzende Brandes läßt in dem Schlußwort die Arbeiten des Kongresses noch einmal vor dem geistigen Auge vorüberziehen und dankt im Namen des Kongresses der Breslauer Arbeiterklasse für ihre gute Mitwirkung am Gelingen der Tagung. Den ausländischen Vertretern auch den Dank, möge das internationale Band fester geknüpft werden, damit das blutige Völkermorden niemals wieder Tatkraft werde. Der nächste Bundeskongress möge eine einheitliche Arbeiterklasse sehen, das ist unser aller Wunsch. Die Einkimmigkeit, die hier erzielt wurde, möge im Lande Nachahmung finden. Der Kongress war ein Zeichen der Festigung und Wiedererklarung. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wird der Kongress geschlossen.

Sieg der belgischen Metallarbeiter

Was hier (in Nr. 36) als wahrscheinlich angedeutet wurde, ist eingetreten. Die Streikenden im Maschinenbau haben (mit 18 693 gegen 6005 Stimmen) den Vermittlungsvorschlag des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes angenommen, die Unternehmer haben ihm gleich zugestimmt; und so ist die Arbeit am 31. August im gesamten Maschinenbau wieder aufgenommen worden. 45 000 Mann sind in die Fabriken zurückgekehrt. Die Arbeiter lehnen dank ihres beachtenswerten Opfern und der Hilfe ihrer Klassenbrüder des In- und Auslandes als Sieger in die Werkstätten zurück. Die Fabrikanten können sich bei ihren Scharfmachern über den sechswohigen Stillstand ihrer Betriebe bedanken. Die belgische Arbeiterpresse ist erfreut über den Ausgang des Kampfes. Daß sie allen Grund dazu hat, wird klar, wenn man sich folgendes vergegenwärtigt:

Vor drei Viertel Jahren glaubten die Metallindustriellen Belgiens die Zeit für einen Angriff gegen die Arbeiter gekommen. Sie begannen damit, eine Lohnkürzung von 10 vH zu fordern — der ausländische Wettbewerb sei arg, die belgischen Löhne zu hoch, die Arbeitszeit zu kurz. (Man sieht, daß die belgischen Profisengenossen etwas von ihren deutschen Kollegen gelernt haben.) Als die Arbeiter abwinkten, erklärten die Industriellen, na, dann aber bestimmt 5 vH Abzug, denn — der Wettbewerb sei arg, die Löhne usw. Die Arbeiter zeigten die Fäuste. Hierauf erwiderten die Industriellen, sie wollten sich, da sie doch auch keine Unnehmlichkeiten seien, mit — zweimal 2 1/2 vH Abzug zufrieden geben, billiger aber könnten sie es nicht mehr machen. Am 30. Juni sollte der Abzug der ersten 2 1/2 vH in Kraft treten. Dort, wo damit begonnen wurde, zeigten die Arbeiter den Fabrikanten die Hinterteile. Immer mehr Wunden kamen zum Stillstand. Man hatte auf Uneinigkeit und Kampfesunlust der Arbeiterklasse gerechnet; sie zeigte sich jedoch auffällig einig und kampfbereit. Darob stiegen im Unternehmertum die Bedenken an. Wenn nicht, dann nicht! Was nütze die Verminderung des Lohnes, wenn nicht geschäftl. werde? Diese Logik ist handgreiflich. So nahmen die Unternehmer nach mehrwöchigem Weh und Ach den Vorschlag des Verbandsvorstandes an, das heißt, sie gaben sich mit einem Abzug von 2 1/2 vH für — sechs Tage zufrieden, nach den sechs Tagen aber muß dem Abzug entsprechend, später der Preiserhöhung entsprechend aufgebessert werden. Mithin haben die Unternehmer sich nicht nur ganz umsonst bemüht, sondern beträchtliche Verluste zu buchen, die in dem vielwöchigen Stillstand der Betriebe und der Abwanderung von geschulten Leuten in andere Berufe bestehen.

Dies alles bezieht sich nur auf den Maschinenbau. In der Schwerindustrie, wo fast 15 000 Mann ausländisch sind, geht der Kampf ungebrochen weiter. In jenem handelte es sich, wie gesagt, um einen Lohnabzug, in dieser um einen Wortsbruch der Hüttenherren. Diese heischen einen zweimaligen Lohnabzug

Das Schwelgas, dessen Heizwert zwischen 3000 bis 4000 Wärmeinheiten (manchmal auch darunter) liegt, besteht hauptsächlich aus Methan (Kohlenwasserstoffverbindung CH4), Stickstoff, Kohlenäure, Kohlenoxyd, Wasserstoff, Schwefelwasserstoff und Sauerstoff. Man hat es u. a. zum Betrieb von Gasmotoren, ferner zur Beleuchtungszwecken herangezogen, doch erwies es sich als wirtschaftlicher, das Schwelgas zur Beheizung der Schwelgasöfen selbst zu verwenden.

Ein weiterer Abfallstoff ist das Schwelwasser, eine gelbe, trübe Flüssigkeit von leerem Geruch, dessen Beseitigung oft Schwierigkeiten verursacht hat. Die Versuche, es chemisch zu reinigen, sind bisher erfolglos geblieben; dagegen konnte der wenn auch geringe Ammoniakgehalt des Wassers als Düngemittel durch eine Selbstreinigung des Wassers, das man durch eine Schicht Koks laufen läßt, verwertet werden.

Ein Weltrevolutionär

Es war am 17. August 1807, als ein kleines Dampfschiff im East River bei Newjork zum ersten Male keine Fahrt machte — es war eine Probe- und Siegesfahrt!

Robert Fulton wird als der angesehen, der zuerst ein erfolgreiches Dampfschiff baute. Fulton begann den Bau seines Schiffes im Jahre 1806 in Newjork auf der Schiffswerft von Charles Brown im East River, nicht weit von der Battery. Er nannte sein Schiff Clermont, nach dem Landhieb eines seiner Teilhaber namens Hoivington. Das Schiff war 50 Fuß lang und 13 Fuß breit. Die Röhre des Schiffsbaus und der Dampfmaschine betrug ungefähr 10 000 Dollar. Ganz Newjork sprach von dem Unternehmen. Das Publikum war dagegen und bezeichnete den Plan, ein Dampfschiff zu bauen, als nützlich. Große Erörterung rief der Plan in den Reihen der Seekräfte hervor. Einen Monat vor der Vollendung des Schiffes waren die Fulton zur Verfügung stehenden Gelder aufgebraucht. Der Erfinder mußte unbedingt 1000 Dollar haben. Er wanderte durch die Stadt, um Freunde und Bekannte zu veranlassen, ihm das Geld vorzuschießen. Schließ-

lich fand er einen Kapitalisten, der ihm 100 Dollar lieh, und zwar unter der Bedingung, daß er die anderen 900 Dollar anderswo auftrieb. Es gelang Fulton auch, weitere Geldgeber zu finden, die ihm aber das Versprechen abnahmen, nichts davon zu sagen, weil sie befürchteten, daß man sie auslachen würde. Schließlich war das Dampfschiff fertig. Man brachte es auf eine Werft in der Nähe des weltlichen Endes der 10. Straße. Am Montag den 17. August 1807 wurde das Schiff um 1 Uhr nachmittags frei gemacht. Fulton gab dem Maschinenisten das Signal zum Abfahren, und das Schiff fuhr eine Strecke dahin und blieb dann stehen. In der Nähe hatte sich eine große Menge angeammelt, und die meisten machten sich über Fulton und seinen Dampf lustig. Als das Schiff stehen blieb, untersuchte Fulton die Dampfmaschine und fand, daß ein Teil der Maschine falsch eingestellt worden war. Schnell machte er die nötige Verbesserung und gab zum zweiten Male das Zeichen zum Abfahren. Diesmal bewegten sich die Räder und blieben nicht stehen. Das Schiff fuhr dahin und die Menge am Ufer sah in ein gewaltiges Durra aus. Die Clermont fuhr mit einer Schnelligkeit von 4 1/2 Meilen die Stunde den Hudson hinauf. Das Anzucken ihres Maschinenwerks und die vielen Rauchwolken aus ihrem Schornstein erregten Befürzung und selbst abergläubische Furcht beim Volke im Quabontal. Sie kam nach 32 Stunden in Albany an, nachdem sie eine Entfernung von 150 Meilen zurückgelegt hatte. Dies war der Anfang der Dampfschiffahrt in der Welt, und der 17. August wurde zu einem der wichtigsten Begegnungen in der Geschichte Amerikas.

Dieses war von beiden Seiten unterzeichnet worden. Als die Arbeitervertreter die Unterzeichnung der Marktlage auf Grund der Beschäftigten der Schwerindustriellen Werte beginnen wollten, wurden sie abgewiesen und auf die Veröffentlichungen von Finanzblättern verwiesen, die von den Schwerindustriellen selbst mit Angaben gespeist werden. Diese Belagerung bestärkt die Arbeiter in ihrem Glauben, daß die Hüttenherren haarig geschweibelt haben, als sie behaupteten, die Marktlage habe sich verschlechtert. Die Furcht, der Schwindel könne nun aufgedeckt werden, läßt die Herren erklären, nur das Gesetz könne sie zwingen, sich einer solchen — Arbeiterkontrolle zu unterwerfen.

Da sich die Hüttenherren noch zu keinem andern Standpunkt bequem haben, geht der Zustand weiter. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hat nun, nachdem der Kampf im Maschinenbau beendet, beschlossen, alle Geldmittel für die Ausständigen der Schwerindustrie einzusetzen und deren Streikunterstützung bedeutend zu erhöhen, damit sie nicht durch die Not zum Nachgeben veranlaßt werden können. In der September-Ausgabe des Metallurgisten schreibt der Vorstand des belgischen Bruderverbandes am Schluß des Beitrages:

Wir sind aus einem großen Kampf mit Ehren hervorgegangen. Unsere Gewerkschaftsorganisation hat ihre sittliche und Geldkraft gezeigt. Wir schulden unserem Internationalen Metallarbeiter-Bund Dank, der in welchem Maße seine Pflicht erfüllt hat. Und wir danken auch den belgischen Kameraden für ihre solidarische Handlung. Wir dürfen indessen nicht vergessen, daß noch an die 15 000 Metallarbeiter im Ausland stehen. Unsere Pflicht ist, sie wirksam zu unterstützen, daß auch sie siegreich aus dem Kampfe hervorgehen. Dieser Streik kann noch sehr lange dauern und es müssen Mittel zur Unterstützung gesammelt werden. Die modernen Kämpfer der Schwerindustrie streiten seit dem 15. Juni... Wenn sich das nationale und internationale Gemeinschaftsgefühl noch weiter bekräftigt, sind wir des guten Ausgangs gewiß.

Internationale Hilfe im dänischen Ausstand

Unser dänischer Kollege J. A. Hansen gibt den Kameraden im Auslande einen ausführlichen Bericht über den „größten gewerkschaftlichen Kampf in der Eisen- und Metallindustrie Dänemarks“, der vom 18. März bis 8. Juni, also über 2 1/2 Monate dauerte und, wie hier schon mitgeteilt, siegreich für die Arbeiter endete. Nachdem Kollege Hansen Ursache und Verlauf des Kampfes dargelegt, fährt er fort: „Weil kein Zweifel über die Langwierigkeit des Kampfes mehr bestehen konnte, wurde für unsere ausgeperrten Kameraden eine sehr niedrige Unterstützung im Betrage von 25 Kronen wöchentlich und für unsere arbeitenden Mitglieder ein außerordentlicher Beitrag von 10 Kronen wöchentlich festgesetzt. Der außerordentliche Beitrag von 10 Kronen je arbeitendem Mitglied ergab eine Einnahme von 600 000 Kronen. Ferner erhielten wir 600 000 Kronen von der dänischen Landesorganisation. Von den ausländischen Bruderorganisationen wurden uns über 1 Million Kronen zugesandt. Im ganzen wurden für die Metallarbeiter, also für unsere Mitglieder, 3 750 000 Kronen an Unterstützungen ausgerichtet. Von den ausländischen Bruderverbänden der Metallarbeiter waren es namentlich die skandinavischen Verbände, die uns große Summen zur Verfügung stellten.“

Wir erhielten in dänischer Währung (1 Krone = 1,12 M.):
Tabelle mit 10 Spalten: Land, Kronen, M.
Schwedischer Metallarbeiterverband: 485 000
Norwegischer Metallarbeiterverband: 328 740
Finnischer Metallarbeiterverband: 24 212
Deutscher Metallarbeiterverband: 125 042
Österreichischer Metallarbeiterverband: 50 000
Dänischer Metallarbeiterverband: 10 677
Englischer Metallarbeiterverband (Brit. Abteilung): 6 651
Schweizerischer Metallarbeiterverband: 5 121
Tschechischer Metallarbeiterverband (Prag): 3 117
Ungarischer Metallarbeiterverband: 2 997
Luxemburgischer Metall- und Bergarbeiterverband: 707
Zusammen: 1 031 222

Aberdies wurde uns noch eine bedeutende Anleihe von verschiedenen Verbänden in Aussicht gestellt. Wir sahen uns gezwungen, uns deshalb an die Bruderorganisationen zu wenden, da wir vor allem vermeiden mußten, infolge Mangel an Mitteln den Kampf frühzeitig abbrechen zu lassen.

Zum Schluß wiederhole ich den herzlichsten kollegialen Dank an alle, welche uns im Kampfe beigestanden sind. Wir werden bald wieder beschäftigt sein, unsere Solidarität den Bruderverbänden gegenüber zu beweisen. Unsere Mitglieder haben wie immer in ausgezeichnetster Disziplin gezeigt, daß sie den Willen haben und fähig sind, die aufgetragene Aufgabe pünktlich zu leisten. Weiteres trifft übrigens von allen organisierten Arbeitern der verschiedenen Industrien unseres Landes zu.“

Die Geldhilfe der Metallarbeiterverbände ist indessen noch höher gewesen, als es in der Aufstellung des Kollegen Hansen zum Ausdruck kommt. Denn in den Summen, die von den Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder, so auch in der Summe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sind Beträge enthalten, die von Metallarbeitern und ihren Verbänden herrühren.

verbrauchen, die wir zum großen Teil aus dem Ausland beziehen müssen, dürfte die Steigerung der Gewinnung aus der Braunkohlenverschmelzung für unsere Handelsbilanz von großem wirtschaftlichem Wert sein. Die Bedeutung dieses Industriezweiges geht wohl am besten daraus hervor, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel im Jahre 1922 nicht weniger als 702 000 Tonnen Erdöl, davon 287 000 Tonnen Schmieröl, 211 000 Tonnen Benzin und 192 000 Tonnen Kerosin aus dem Ausland nach Deutschland wanderten. Dabei war aber das Jahr 1922 ein Inflationsjahr, in dem wir diese Stoffe mit unserer schwachen Währung bezahlen mußten. Man legt sich unwillkürlich die Frage vor, wie sich unsere Verhältnisse auf dem Ölmarkt gestalten werden und gestalten müssen, wenn einerseits eine feste Währung vorhanden ist, die nun wirklich besteht, und auf der anderen Seite der Ölbedarf bei uns noch steigt. Wenn es uns nicht gelingt, die heimische Gewinnung — gleichgültig auf welche Weise — in ganz besonderer Maße zu steigern, ist es wohl leicht abzusehen, daß die volle Million in der Kleinuhr erreicht wird. Die sich hieraus ergebenden Folgen auf unsere, sowieso auf schwachen Füßen ruhende Handelsbilanz sind wohl ohne weiteres zu erkennen. Eine mit allen Mitteln betriebene Höchsterzeugung ist daher eine unbedingte Notwendigkeit für unsere Wirtschaft. In der Beziehung brauchen wir nur unsere Blicke nach England zu richten, das die Bedeutung der Tiefstemperaturerzeugung viel früher als wir erkannt hat und von dem wir in dieser Beziehung manches lernen können.

Außer dem Teer fallen bei der Verschmelzung noch andere Stoffe an, nämlich Koks und Gas. Der Koks, im allgemeinen als Koks bezeichnet, besteht, wie bereits oben gesagt, aus einem hohen Heizwert, der sich nach seinem Wasser- und Wassergehalt richtet. Er eignet sich daher gut als Heizstoff und verbrennt ohne Bildung von Rauch und Ruß. Außer im Hausbrand, Generatoren usw. verwendet man ihn in der keramischen und metallurgischen Industrie als Reduktionsmittel, in der keramischen Industrie zum Aufschmelzen des Ton; ferner kommt er wegen seiner leichten Maßbarkeit als Brennstoff für Kohlenkesselheizungen in Frage.

# Produktionssteigerung durch Betriebsdemokratie

F. K. Die Baltimore- und Ohio-Bahn, eine der größten Bahnlagen Nordamerikas, besitzt 45 Werkstätten für Herstellung der Lokomotiven, Wagen usw. mit vielen Tausenden von Arbeitern. Die Betriebsergebnisse der Werkstätten blieben trotz aller Mühe weit unter dem, was man süchtig erwarten zu können glaubte. Die Mängel waren derart, daß wichtige Arbeiten auswärts gegeben werden mußten.

Dem Verband der Maschinenbauer war es um seiner Mitglieder willen sehr darum zu tun, daß sich die Leistungsfähigkeit der Werkstätten bessere und im Gange blieben. Der Verband unterbreitete daher dem Direktorium der Bahn einen Plan, wonach die Betriebe zu voller Blüte gebracht werden könnten. Nach langem Überlegen und einigen Konferenzen willigte das Direktorium ein. Die Ausführung des Planes begann mit dem Abschluß eines Vertrages, worin neben andern geschrieben wurde, daß die Gewerkschaft als die gesetzliche Vertretung der Arbeiter anerkannt sei, der gewerkschaftliche Lohnsatz gezahlt, auch wegen der andern gewerkschaftlichen Forderungen betreffs Arbeitszeit und dergleichen nicht gefordert werde, daß der Gewerkschaft ein (im einzelnen bestimmter) Anteil an der Betriebsleitung zugestanden und der aus dieser Mitarbeit erwachsende Gewinn zwischen beiden Seiten ehrlich zu teilen sei.

Nachdem also die beiderseitigen Rechte und Pflichten verbrieft waren, wurde mit dem Versuch begonnen, und zwar in den Werkstätten von Glenwood bei Pittsburg. Dieser Betrieb war weit und breit als der wundeste Punkt der Bahnlage bekannt. Die technische Ausrüstung war auf dem Hund, die Betriebskosten überstiegen weit den Durchschnitt, ordentliche Arbeiter fleuchteten schneller davon, als sie gekommen, außerdem gab es in einem fort Mißverständnisse zwischen Leitung und Belegschaft. Die Direktion mochte sich bei der Forderung ihres allerhöchsten Betriebes gefast haben, wenn der Versuch, wie sehr wahrscheinlich, scheiterte, nicht viel verloren sei. Es zeugt von viel Selbstvertrauen, daß die Gewerkschaft angeht, die sehr mißlichen Umstände nicht vor der Aufgabe zurückschreckte.

Die Beamten des Maschinenbauer-Verbandes eilten mit einem Fachmann nach Glenwood, um zunächst Fühlung mit den eigenen Mitgliedern und den andern beteiligten (sechs) Gewerkschaften zu nehmen. Nach langer Aussprache wurde der Plan allgemein gutgeheißen. Für die Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung ward ein Ausschuss gewählt, der seine Tätigkeit damit begann, daß er Vorschläge für die Beseitigung der größten Mißstände machte. Auf das nun einsetzende Werk der Umstellung kann im einzelnen hier nicht eingegangen werden. Möge die Mitteilung genügen, daß in ein paar Wochen schon die allseitige Aufmerksamkeit auf die Betriebseinrichtung oder ihre Mängel gerichtet ward. Beide Seiten betrachteten nun ihre Aufgabe mit andern, mit schärferem Auge, und sie erlangten schnell eine viel höhere Auffassung von ihren Pflichten. Vor allem wurden die gesundheitlichen Zustände der Werkstätten so verbessert, daß sie zu einem angenehmen Aufenthalt wurden. Hierdurch bekam der Betrieb einen guten Ruf. Es wählten sich tüchtige Arbeiter. Damit des reicheren Angebots konnten nun die Leute nach ihrem Berufsgebiet und sittlicher Beschaffenheit ausgewählt werden. Der starke und sehr tüchtige Arbeiterwechsel hörte bald auf, die Blauarbeiter desgleichen. In gleichem Maße stieg die Menge wie die Güte der Erzeugnisse. Man brauchte keine Aufträge mehr nach auswärts zu geben.

Was die Gewerkschaft vorausgesetzt, erfüllte sich prompt: In dem Augenblick, wo die Arbeiter einen wirklichen Einfluß auf die Leitung hatten und ihnen ein anständiger Lohn und gute Behandlung als auch ein gegenseitiger Anteil am Gewinn gesichert war, regten sich alle Hände und Köpfe zur Förderung der Produktion. Die Anteilnahme an der Blüte des Geschäftes stieg zusehends. Es stellte sich bald heraus, daß es gut sei, wenn die Arbeiter ihre Vorschlagsvorstellungen in der Versammlung der Ortsgruppe machten. Ein Ausschuss wurde zur Entgegennahme der Vorschläge eingesetzt, der sie vorprüfte und sie dann der nächsten Versammlung zur Erörterung und Entschliessung vorlegte, ehe sie der Leitung mit der Betriebsleitung unterbreitet wurden. Es ergab sich nämlich eine wahre Flut von neuen Gedanken, und daß sie fast alle brauchbar, gewinnbringend waren, wird weiter unten gezeigt werden.

Aber nicht nur das Unternehmen und die Arbeiter als Lohnempfänger profitierten, ein nicht zu unterschätzender Gewinn ergab sich auch in rein gewerkschaftlicher Hinsicht. Die Versammlungen der Ortsgruppen wurden immer zahlreicher besucht, das Gewerkschaftsleben nahm einen prächtigen Aufschwung, die Reden bezogen sich nun auf das berufliche Können der Mitglieder, der besten Art der Betriebsführung und der Risiken der Gewerkschaft in der Industrie. Die Geister wurden auf die reingesteigt, auf die wirtschaftliche und soziale Aufgabe der Gewerkschaft gerichtet.

Schon nach einem Jahr waren beide Seiten demnach befriedigt, daß der Plan auf alle 45 Werkstätten ausgedehnt wurde. Und er zeigte in den andern, den technisch und soziale besseren Betrieben noch günstigere Ergebnisse. Es konnten nun in noch viel mehr Fällen die in der Arbeiterenschaft schon vorhandenen geistigen und beruflichen Kräfte genutzt werden. Wenden doch vom März 1924 (wo der Plan in allen Werkstätten in Anwendung kam) bis zum Juni 1925 nicht weniger als 11 478 Verbesserungsanträge der gemeinschaftlichen Sitzungen der Betriebsleitungen und der Arbeiterausschüsse vorgelegt, und davon wurden 9000 oder 79,2 % für gut befunden und gleich verwirklicht, 1103 verlangten eine längere Prüfung, 343 mußten wegen noch ungenügender Beweismittel zurückgestellt werden und nur 922 oder 8 % wurden zurückgelehnt. Es kam somit auf je zwei Arbeiter eine Verbesserung, eine gewinnbringende Aenderung. Daß diese Fälle von Schwächen, Mängelungen und Entschuldigungen eine wahre Goldgrube für das Unterrichten darstellte, liegt auf der Hand. Freilich profitierten auch die Arbeiter davon, da ja kein Vertrag der Gewerkschaft mit ihnen geteilt werden muß.

Ein nicht geringerer Vorteil entspringt der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Leitung und Belegschaft und der allseitigen Besserung der Schaffenskräfte. Daß die Belegschaft von dem Ergebnis des Planes höchst angenehm überrascht war, gab ihr Direktion in einer öffentlichen Rede kund und zu sagen. Die einzigen Klagen über die hohen Betriebskosten, über die Schwere der Erzeugnisse und über andere Mißverständnisse sind verstummt. Die Belegschaft der Werkstätten ist in nieverwährender Höflichkeit, Demut und in ungeheurer Geduld zwei andere große Bahngesellschaften (Chicago- und Rockwellers-Bahn und die Canadian National Railways) den Plan bei sich eingeführt. Daß keine Ausdehnung laut Bericht des

Verbandsvorstandes angestrebt werden soll, wurde schon in Nr. 36 der MZ angedeutet. Der Plan wird nicht mehr als fragwürdiger Versuch betrachtet, weil ja seine Überlegenheit der alten Betriebsweise gegenüber glänzend bewiesen ist.

Mithin ist, und dies unter sehr schwierigen Umständen und auf großer Stufenleiter, der gewerkschaftliche Überzeugungsatz dargetan: Um ein Unternehmen zu hoher Blüte zu bringen, müssen die Arbeiter gut bezahlt und behandelt werden, ihre gewerkschaftliche Vertretung ehrlich anerkannt und den Arbeitern eine tatsächliche Teilnahme an der Leitung gesichert sein. Je mehr dieser diese Voraussetzungen erfüllt sind, desto besser geht das Unternehmen.

## Leipziger Messe und Preisabbau

Die in der verkostenen Woche abgehaltene Leipziger Herbstmesse verliert in doppeltem Maß Beachtung. Einmal ist Leipzig wichtig für den Warenabgang der deutschen Industrie. Von dem Ausgang der Messe hängt nicht unwesentlich die Gestaltung des Arbeitsmarktes ab; zum mindesten gestalten die Ergebnisse der Messe sichere Schlüsse für den künftigen Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrien. Darüber hinaus war die diesmalige Messe gewissermaßen die Probe auf das Preisereimel der Regierung. In Leipzig, wo der Einzelhandel seinen Bedarf, insbesondere den Winterbedarf deckt, mußte sich zeigen, ob die Regierung mit ihrem Preislenkungsversuch Erfolge buchen konnte.

Soweit die geschäftlichen Ergebnisse der Leipziger Herbstmesse in Frage kommen, kann nicht allgemein von einem Festschlag gesprochen werden. Ganz schlechte Geschäfte, wie sie zum Beispiel die Spielwaren- und die Autoindustrie, weiter auch die Glas- und keramische Industrie hinnehmen mußten, hat zum Beispiel die Schuh- und Textilindustrie nicht zu verzeichnen. Auch auf der Buch- und Baumesse — letztere erfahren besonders durch den beendeten Bauarbeiterstreik eine gewisse Belebung — ist das Geschäft rege gewesen, während die Restamemesse ihre etwas hochgepannten Erwartungen nicht erfüllt sieht. Schlecht abgegangen sind auch die Feinleder- und die Metallbranche. Im allgemeinen sind aber die Aufträge beschränkten Umfangs, trotzdem der Kleinhandel mit einer weiteren Preissteigerung rechnen und größte Reizung zur reichlichen Einbindung zu noch „billigerem“ Preis zeigt. Wenn das in Leipzig nicht in größerem Umfang geschah, so erklärt sich das aus einer nicht unberechtigten Vorhuth der Verkäufer, die um so mehr mit Konkurrenz und Geschäftsaussichten rechnen, je stärker und vorurteilsfreier der Käufer in die Ware steigt. So hielt der mit Maß gewählte Kredit in Leipzig die Aufträge allgemein in Grenzen. Im Grunde genommen entspricht diese Entwicklung dem gedrohten und fast toten Verbrauch. Die Bevölkerung ist unter Druck der letzten Lebensmittelpreiserhöhungen nicht in der Lage, groß zu kaufen, soweit nicht die meißelnde Mode besonders in Artikeln für Frauen zu Neuanfassungen führt. Um den unvermeidlichen Bedarf besonders an Wintermänteln, Schuhwerk, Haushaltungsgegenständen usw. zu befriedigen, greift man zu den billigsten Sachen. Auf der Leipziger Herbstmesse war dem auch so recht zu beobachten, daß die Umstellung anderer Industrie auf Rationierung ersichtliche Fortschritte gemacht hat.

Es mag schleppend wie auf dem Inlandsmarkt wickelte sich das Geschäft für die Ausfuhrindustrien ab. Dabei zeigten die amiesenden Anzeichen — viel bemerkt wurde eine Kommission russischer Ingenieure, die mit dem Einkauf landwirtschaftlicher Maschinen und landwirtschaftlichem Gerät beauftragt war — große Reizung für deutsche Maschinen, Kamertonsektion, Radiobehör, Raschinentelle, Handwerkzeugen usw. Wenn es nicht zu den erhaltenden Geschäften kam, erklärt sich das aus der Tatsache, daß unsere Industriellen durchweg nicht die vom Ausland verlangten langfristigen Kredite gewähren können. Hier muß endlich einmal nachdrücklich an eine Senkung der wucherischen Zinssätze gegangen werden, denn das Fortgehen der deutschen Industrie ist mehr eine Folge der hohen Zinssätze, die langfristige Kredite maßlos verteuern und jedes Auslandsgeschäft zu einem Verlustgeschäft machen, als das Ergebnis des so oft mißbrauchten Kapitalmangels. Andererseits hat der deutsche Industrielle, zum Beispiel der Spielwaren- und Textilindustrie, sehr ernst zu nehmende Wettbewerber empfinden, gegen die man mit einer durch Lohnbindung erzwungenen Unterbietung, was ja oft versucht worden ist und womit man heute in bedenklichem Maße wieder liebäugelt, nichts ausrichtet. Wir können eben nur wieder voll ins Auslandsgeschäft kommen, wenn wir wirkliche Qualitätsware zu Weltmarktpreisen anbieten.

Nun zu der Preisentwicklung auf der Leipziger Herbstmesse. Die Regierung hat schon mit ihrem Verlangen, die Preise zu senken, das Richtige getroffen. Die Gewerkschaften haben das anerkannt, sie begien aber Zweifel, ob die Regierung die Durchführung der Preislenkung möglich sei. Diese Zweifel sind durch den Verlauf der Leipziger Herbstmesse ganz gerechtfertigt worden, denn von einer Preislenkung war in Leipzig nichts zu spüren, vielmehr war eine merkliche Preisenerhöhung festzustellen. Die angezeigten Preise erklärten sich durch die allmählich in Kraft tretenden Hölle. Von der Vollverteilung werden auch solche Waren betroffen, die keine Inlandsprodukte sind oder die als Rohmaterialien hergestellt wurden, die noch nicht mit dem neuen Zoll belastet waren. Diese volle Anschaffung des Jolles beweist aber deutlich genug den festen Entschluß der Unternehmer und Händler, die Regierung in ihrem Preislenkungsversuch keine Gefolgschaft zu leisten. Sie stellen auf den Nachruf der Regierung, wie die Leipziger Herbstmesse zeigt.

Mit der Leipziger Herbstmesse kann man wohl den Stab über den Beschäftigungsgrad der Regierung endgültig brechen. Die Regierung hat zum Beispiel, indem sie auf einen unumgänglichen Erfolg ihrer Preislenkungsversuche hinwies, von den Gewerkschaften den Bericht auf Lohnbewegungen und das Abschoppen der Lohnbewegungen verlangt. Die Preisentwicklung in Leipzig zeigt, daß die Voraussetzungen der Regierung für solche Forderungen an die Gewerkschaften völlig fehlen.

## Verhütung von Unfällen an elektrischen Anlagen

Die fortschreitende Elektrifizierung zwingt als unangehmer Begleiterscheinung eine ständig wachsende Zahl von Unfällen. Über die Gefahren des elektrischen Stromes, insbesondere in der Nähe ungeschützter Leitungen oder bei mangelhafter Isolierung von Schaltkästen, Lampen und dergleichen herrscht bei einem großen Teile der Bevölkerung leider noch große Unkenntnis. Die meisten Unfälle, die sehr oft den Tod zur Folge haben, wären zu verhüten, wenn eine entsprechende Aufklärung über diese unsichtbaren, aber folgenschweren Gefahren zwischen Kreisen der Bevölkerung zeitig würde.

Auch im Hause hat sich die Unfallgefahr durch elektrische Anlagen vergrößert. Einmal durch Benutzung elektrisch angetriebener Maschinen, Lampen, Aufzüge, Förderbänder usw., hauptsächlich jedoch bei der Benutzung von Handdrähten an Handrührern und Dampfern in der Nähe von freilegenden Leitungen, sowie bei Malerarbeiten an Leitungsanlagen und Strahlen.

Die Elektrische Vangerichts-Versicherungsgesellschaft in Erfurt hat zur Verhütung von demartigen Unfällen zwei Merkblätter zusammengestellt. Das erste Merkblatt enthält gute Verhaltensmaßregeln beim Arbeiten in der Nähe von elektrischen Leitungen. Ferner werden Anweisungen gegeben für den Fall, daß durch eine elektrische Anlage ein Unfall eingetreten ist. Auch das ist sehr wichtig, denn in solchen Fällen kommen oft bei der Hilfeleistung durch ungeschulte Handlungen noch mehr Personen zu Schaden. — Das zweite Merkblatt enthält Anweisungen über die Einleitung sorgfältiger Prüfung bei Fernschaltungen, wobei der Satz „Nur sofort den Arzt!“ zu beachten ist, um nicht erst kostbare Zeit bei den Rettungsversuchen zu verlieren.

Das zweite Merkblatt behandelt die Beschaffenheit von elektrischen Handlungen. Solche Vermeidung gemeinsamer elektrischer Anlagen bei Hausarbeiten sind wiederholt noch höhere Rufe vorgekommen. Wichtig ist es auch die irrthümliche Ansicht zu finden, daß die sogenannte Niederspannung für Lichtleitungen ungefährlich sei.

Zum Abdruck dieser Merkblätter mangelt uns selber der Raum. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen und Betriebsräte, sich diese Merkblätter von der Thüringischen Bauergewerkschaft-Versicherungsgesellschaft zu besorgen und sie an geeigneten Stellen anzuschlagen. Auch ist es ratsam, in Betriebs- und anderen geeigneten Versammlungen auf diese Sache hinzuweisen.

## Der liebe Gott als gewerkschaftlicher Werber

Der Pressebericht des amerikanischen Gewerkschaftsbundes bringt folgende Meldung, die mir — weil sprachlos — nur als einen Beweis dafür wiedergeben, daß Amerika auch in andern als in den gemeinhin angenommenen Dingen „voran“ ist. Wer mit seiner Eigenschaft der Dankes, die mangels eines passlicheren Ausdrucks Spieles genannt wird, näher bekannt geworden ist, dem wird diese Meldung nicht gerade unbegreiflich scheinen. Nun die Meldung:

„In einigen Gebieten der Kohlengruben versuchen die organisierten Arbeiter das Mittel des Gebetes gegen die Lohnherabsetzungen und zur Rückgewinnung willensschwacher Bergarbeiter, die vom Pfad der Organisation abgetrennt sind. In einigen Gebieten des Bezirks Nr. 21 scheinen diese ernsthaften Gebete offensichtlich ihre Wirkung auszuüben. So fällt das Gerücht in Oklahoma ein Urteil gegen Frauen, die in Kohlengruben beteten, weil sie dadurch den geregelten Gang der Arbeit stören. In Greenwood (Arkansas) versammelten sich mehr als 300 Frauen von Arbeitern, die seit dem Frühling in Streit stehen, auf dem Platz vor dem Gericht und beteten zu Gott, „er möge den nichtorganisierten Arbeitern den rechten Weg weisen und sie zu den Verbänden der Arbeiter führen“. Hierauf bildete sich unter der Leitung des Vizepräsidenten des Distrikts ein Zug, der sich nach den Gruben der Greenwood Coal Company begab. Als die Teilnehmer erfuhr, daß ihr Einbringen auf dem Gebiet der Kohlenbergwerke als Verletzung eines richterlichen Urteils betrachtet werde, traten die Frauen wieder den Rückzug an. Sie stiegen dabei auf Abordnungen von Frauen der benachbarten Städte, die sie auf den Platz des Gerichtshofes zurückbegleiteten, wo abermals Gebete wurde. — Berichten aus Oklahoma zufolge sind im Gebiete der Pennsylvania zurzeit 90 % der Bergleute organisiert, gegen 20 % vor einem Monat.“

Der liebe Gott scheint demnach seine Sache gar nicht übel zu machen. Amerika ist eben auch mit dem Herrgott allen voran!

## Ehrung der Jubilare in Luttlingen

Der 5. September vereinte achtzehn Jubilare der Luttlinger Verwaltungskasse zu einer würdigen Feier. Die Zahl der Jubilare als auch die lange Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zeigen, daß bei der Luttlinger Metallarbeitergewerkschaft der Gewerkschaftsbau schon früh Wurzel geschlagen hat. Die Ehrung der Jubilare wurde durch den Bevollmächtigten Kollegen Fied in einer der Belegenheit angepöhten Rede sowie durch Überreichung einer Ehrenurkunde vollzogen. Daß unsere Alten noch nicht im geringsten gemüthlich sind, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, brachte einer von ihnen deutlich zum Ausdruck. Die Namen der Kollegen, die von 25 bis zu 38 Jahren der Organisation angehören, sind: P. Reim, J. Zanoni, R. Haufer, W. Bögele, M. Pletterer, Chr. Boffeler, E. Kahler, J. Pehl, R. Haufer, Fr. Düb, G. Teufel, R. Single, R. Ulrich, W. Eberhardt, P. Ahen, A. Gaiger, Aug. Gronert und Fr. Bergmann.

## Schriftenschau

Rant und der Marxismus. Von Dr. Max Adler. Gesammelte Aufsätze zur Erkenntnistheorie und Theorie des Sozialen. Umfang 218 Seiten, Preis brosch. 3 M., kart. 4 M., Leinen 5 M. E. Saubische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Berlin W. 30.

Geschichte der Landwirtschaft. Von Karl Marchionini. Verlag Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig. Preis 2,50 M. Die Schrift schildert die Entwicklung der Landwirtschaft auf allen Gebieten von den Ursprüngen bis zur jetzigen Zeit. Am Schlusse erörtert der Verfasser die Stellung der Sozialdemokratie zur Agrarfrage sowie die sozialistischen Ziele. Die Darlegungen sind auch für die Industrie- und Arbeiterbewegung von höchstem Belange.

Au der Wende des Zeitalters. Von Dr. Viktor Engelhardt. Individualistische oder sozialistische Kultur? Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61; 160 Seiten, kart. 1,60 M., in Ganzleinen 2,50 M. Der Verfasser, dem wir viele gelehrte Schriften über die Probleme der Jugendbewegung verdanken, spricht in diesem, den Jungsozialisten gewidmeten Werk in tiefgründiger Weise über die gesamte Lage unserer heutigen Kultur und über die aus solcher Lage erwachsenden Aufgaben.

## Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 20. Sept. ist der 39. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. September 1925 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungstellen Reisegelb erhalten. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe geschuldet:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Summe der Beitrags-erhöhung
	I	II	III	IV	
Afherleben	20	15	10	—	38. Woche
Bachhausen	20	15	10	5	40. "
Edersrode	10	—	—	—	38. "
Freiburg i. Schl.	15	15	10	5	38. "
Großsch	30	15	10	—	38. "
Hamburg	15	15	10	5	40. "
Obernhan	20	15	10	—	40. "
Saalfeld a. S.	20	10	10	5	40. "
Tanning	15	—	—	—	37. "
Vegetal.	30	15	5	—	36. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Schwarz wird

Vor dem Mitglied Heinrich Neuhold aus Wien, der in letzter Zeit in Rheinland-Westfalen unberechtigter Weise die Betriebsräte zu Sammlungen für seine Person veranlaßte. Neuhold reist auf österreichisches Mitgliedsbuch, das einzuziehen und am den Vorstand einzusenden ist.

Stuttgart, Röhrestraße 16.

Der Verbandsvorstand.

## Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Elektromotoren nach Danzig St.;  
von Feilenarbeitern nach Berlin L.;  
von Heizungsarbeitern nach Danzig St.;  
von Klempnern und Installateuren nach Braunschweig L.; nach Danzig St.;  
von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd., Danziger Werft und Eisenwerkstätten A.-G.) D.;  
von Tafelgerätharbeitern nach Hanau (H. Rehwig) H.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; S = Streit in Stadt; Et = Streit; R = Rohpreislage; M = Mißstände; A = Auslieferung.

Drud und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röhrestraße 16